Nr. 132 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 11. Juni 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 6. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Sozialdemokratie fordert Klarheit

Breitscheid für Einberufung des Auswärtigen Ausschusses — Wohin steuert die deutsche Außenpolitik? — Die Regierung soll Auskunft geben

Berlin. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, Dr. Frick, folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses richte ich an Sie das Ersuchen, diesen Ausschuß in der allernächsten Zeit zu einer Sitzung einzuberufen. Zur Begründung dieses Antrages erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß die Ausführungen, die die Reichsregierung in ihrer durch die Presse veröffentlichten Erklärung über ihre außenpolitischen Ideen und Absichten macht, außerordentlich dürftig sind. Sie spricht in allgemeinen Redewendungen von der Aufrechterhaltung des Friedens mit allen Nationen und der Notwendigkeit, die deutsche Gleichberechtigung durchzusetzen. Man darf doch wohl annehmen, daß das Kabinett ganz bestimmte außenpolitische Pläne verfolgt, die zweifellos von denen der Reichsregierung Brüning abweicht.

Da die Auflösung des Reichstages eine Debatte über diese Gegenstände im Plenum unmöglich gemacht hat, halten wir es für doppelt geboten, daß der Regierung Gelegenheit gegeben wird, wenigstens im Auswärtigen Ausschuß ihre Absichten schärfer zu umreißen und daß die Mitglieder des Ausschusses selber die Möglichkeit haben, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Indem ich Ihrem Bescheid gern entgegensehe, zeichne ich hochachtungsvoll
gez. Rudolf Breitscheid.“

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags besteht bekanntlich ebenso wie der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung auch nach der Auflösung des Reichstags weiter, bis der neue Reichstag neue Ausschüsse an ihre Stelle gesetzt hat.

Gegen die Papenheimer?

Die süddeutschen Ministerpräsidenten bitten um einen Empfang durch Hindenburg.

München. Am Donnerstag abend wurde von der bayrischen amtlichen Pressestelle folgende Mitteilung ausgegeben:

„Die heute in Karlsruhe versammelten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden haben an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet: „Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anläßlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Samstag oder Sonntag. gez. Dr. Held, Dr. Bolz, Dr. Schmitt.“ Der Reichskanzler wurde von dem Telegramm verständigt.“



Prälat Kaas will den Vorsitz der Zentrumspartei niederlegen?

Prälat Kaas, der Vorsitzende des Zentrums, soll wie bisher unbestätigte Meldungen besagen, aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amt zurücktreten wollen. Als künftiger Führer der Zentrumspartei wird Dr. Brüning genannt.

Alarm um oder gegen Deutschland?

Wie immer man sich zu dem Kabinett Brüning stellt, man wird ihm nicht die Anerkennung versagen können, daß es durch persönliche Fühlungnahme mit dem Ausland die Voraussetzungen für eine günstige internationale Atmosphäre geschaffen hat, um die Lausanner Konferenz mit einem einigermaßen befriedigenden Erfolg für Deutschland zum Abschluß bringen zu können. Durch den Regierungswechsel im Reich ist die Atmosphäre aber auch gründlich zerstört worden, nicht nur deshalb, weil man im Ausland nicht begreifen kann, daß sich Deutschland am Vorabend so wichtiger internationaler Entscheidungen eine Regierungskrise leistet, sondern auch durch die Berufung von Männern, die keinesfalls als die Vertreter des republikanischen Deutschlands angesehen werden können, im Gegenteil lastet die Vergangenheit auf ihnen in einem Maße, daß man zu der Ueberzeugung kommen muß, daß man die Kabinettskrise nur deshalb herbeigeführt hat, um in Lausanne „Erpressungen an den Partnern der Friedensverträge“ zu erzwingen. Aus der Natur der Sache, die die Friedensverträge geschaffen haben, hat sich im Laufe der Jahre ein Zustand herausgebildet, der einem stillen Kriege gleicht und an dem die beiden stärksten Nachbarn im Osten und Westen am härtesten beteiligt sind. Verdächtigt Frankreich Deutschland, daß es nicht abrüsten will, sondern systematisch den Revanchegeist vorbereitet, so erhebt Polen in aller Form gegen Deutschland den Vorwurf, daß seine ganze Politik nur darauf hinausgehe, Polen jene Gebiete wieder zu entreißen, die die Friedensverträge Polen zusicherten. Ohne Zweifel geht die deutsche Außenpolitik auf das Ziel hinaus, das gegen Deutschland begangene Unrecht wieder zu reparieren, wobei aber immer wieder in den Vordergrund gestellt wird, daß es die Revision der Friedensverträge auf friedlichem Wege durchführen will, vor allem deshalb, weil der Pakt von Versailles in einer Atmosphäre vollzogen wurde, der Deutschland gegenüber außergewöhnlich ungünstig war.

Es ist selbstverständlich, daß dann eine Situation, wie sie sich in Deutschland in den letzten zwei Jahren herausgebildet hat, die Nachbarn in eine Hochspannung versetzt, die keinen Ausgleich kennt, sondern nur eine kriegerische Enscheidung kommen sieht. Obgleich die französische Regierungserklärung nach außen hin den Anschein erweckt, als wenn Paris bereit wäre, auf der Lausanner Konferenz Zugeständnisse zu machen und den Boden für eine kommende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, kann man aus seiner Presse entnehmen, daß an einen Ausgleich so lange nicht zu denken sei, so lange in Deutschland selbst die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Die Berufung des Kabinetts der Generalstäbler gibt den Chauvinisten auch allen Anlaß, die Regierung anzurufen und ihr auf den Weg zu geben, daß gerade jetzt irgendwelche Zugeständnisse ein Verbrechen wären, denn man müsse verhindern, daß die Hohenzollern in Deutschland wiederkehren. Getragen wird dieser Alarm von den bekannten Erklärungen Hitlers, der ja, man mag wieder dazu stehen wie man will, tatsächlich der einzige Stützpunkt dieser Regierung ist, was täglich aus den Kommentaren der Hitlerpresse hervorgeht. Trotzdem die Gegner Deutschlands bis an die Zähne bewaffnet sind, wird gerade Deutschland dieser Kriegsgeist in die Schuhe geschoben, und man muß sagen, nach den Reden der Hitler und seiner Agitatoren, hat das Ausland in dieser Annahme nicht Unrecht. Man verachtet die „Novemberverbrecher“ und kündigt ihnen scharfe Verurteilungen an, so bald nur das „Dritte Reich“ gekommen sei und will natürlich mit dem Erbfeind abrechnen. Daß Frankreich unter diesen Umständen alles versuchen wird, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen, Lausanne nur eine vorübergehende Instanz werden zu lassen, ist selbstverstnädlich, ja daß man wiederum im deutschen Nationalismus die Linke verdächtigt, daß sie durch die Angriffe gegen die neue Regierung einen Dolchstoß gegen die deutsche Außenpolitik geführt habe.

Weit gespannter, als in Frankreich, haben sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen gestaltet, und es grenzt fast an Haarspalterei, was nicht alles herbeigezogen wird, um der polnischen Bevölkerung alltäglich den kommenden Krieg zwischen Deutschland und Polen als unabwendbare Tatsache hinzustellen. Es ist nicht zu leugnen, daß die nationalistische Rechtspresse, unter Hitlers Führung,

Hitler als Hochverräter entlarvt!

Hitler will seine ausländischen Geldgeber nicht nennen — Ein Schlaglicht aufs „Dritte Reich“ — 800 Mark Strafe wegen Verweigerung der Zeugenaussage

München. Im Prozeß gegen den Schriftsteller Abel, der Hitler vorwirft, daß er aus italienischen Quellen Gelder genomenen habe und dadurch das Tiroler Deutschtum an Mussolini verraten hat, wurde am Donnerstag Hitler als Zeuge vernommen. Hitler bestritt nicht, mit Italienern über Südtirol verhandelt zu haben, wollte aber keinerlei Gelder von Ausländern erhalten haben. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Rosenfeld, ob Hitler von einem tschechischen Unternehmer, der der Munitionsfirma Schneider-Creuzot nahe stehe, Geld zu Agitationszwecken erhalten habe, weigerte sich Hitler, irgend eine Auskunft zu geben und verfiel in eine Erregung, die nur beweist, daß die Geldquellen unsauber sind. Im Verlauf der Vernehmung gab Hitler schließlich zu, daß er während seiner Parteikämpfe von Auslandsdeutschen Gelder gesammelt habe. Als der Verteidiger Abels, Dr. Rosenfeld, Auskunft über die ausländischen Geldquellen forderte, verweigerte Hitler die Aussage und benahm sich, auch gegenüber dem Gericht, ungebührlich. Trotz aller Aufforderungen des Vorsitzenden, erklärt Hitler, daß er überhaupt keine Auskunft geben werde, selbst, wenn er schwere Freiheitsstrafen auf sich nehmen müßte. Das Gericht zog sich dann zur Beratung zurück und verurteilte Hitler, als Zeugen zu 200 Mark Geldstrafe, wegen Ungebühr vor Gericht und wegen Zeugnisverweigerung, zu weiteren 800 Mark. Den Verdacht, daß er, Hitler, von Italien Geld erhalten habe oder seine Mittelsmänner, hat Hitler nicht bereinigen können, so daß das Gericht zu der Annahme kommen mußte, daß Hitler im Dienste des Auslandes stehe, vor allem aber, im Dienste des französischen Kriegsartikelfabrikanten Schneider-Creuzot. Die Verurteilung Hitlers ruft in Deutschland die größten Sensationen hervor, da nun einwandfrei feststeht, daß die „nationale Bewegung“ in Deutschland, mit Auslandsgeldern subventioniert wird und, wie im Falle Südtirol, auf den Verrat deutscher Interessen beruht. Hitler ist als Verräter vor Gericht gebrandmarkt.

Die Kommunisten ihrer Aufgabe nicht gewachsen!

Moskau blamiert seine Auslandsjünger.

Moskau. Der Presse wird eine Rede des Stalingehilfen Kaganowitsch übermittelt, die in einer Sitzung der Moskauer Parteiorganisation über die Aufgaben der Kommunistischen Partei gehalten wurde. Kaganowitsch kritisierte in seiner mehrstündigen Rede die Arbeit der kommunistischen Organisation und betonte,

daß sie in verschiedenen Fällen ihren Aufgaben nicht gewachsen waren.

Man müsse jetzt die Verbindungen zwischen der Partei und der Arbeiterschaft erneuern, man müsse eine neue Propaganda entwickeln, um die Arbeiterschaft für die Unterstützung der Ideen und Aufgaben heranzuziehen, die die Partei sich jetzt gestellt habe. Dann sprach Kaganowitsch über die Arbeit der kommunistischen Organisation in den Betrieben. Er erklärte, daß die Einheitsgewalt in den Fabriken, denen die ganze Leitung des Unternehmens individuell anvertraut sei, weiter beibehalten werden müsse. Der Versuch verschiedener kommunistischer Kreise, dieses System zu bekämpfen, werde von der Partei rücksichtslos bestraft werden. Die Parteiorganisation müßte sich den Beschlüssen der Partei und der Regierung fügen, und man müsse mit aller Macht den Provinzseparatismus bekämpfen.

diese Kriegspsychose fördert und die Vorgänge in Danzig, die die Konflikte immer mehr zuspitzt, den Anschein erweckt, daß es tatsächlich hier keinen Ausweg mehr gibt und daß die Kriegsentscheidung zwischen den beiden Nachbarn der einzige Ausweg ist. Dies kommt gerade jetzt sehr deutlich zum Ausdruck, nachdem an der Spitze der Regierung tatsächlich Elemente am Ruder sind, die nun von einer Verständigungspolitik, gerade gegenüber Polen, am wenigsten etwas wissen wollen. Der politischen Freundschaft, die Warschau mit Paris verbindet, ist in den letzten Jahren eine merkliche Abkühlung gefolgt, und je mehr dieser Zustand sich vergrößert und dazu innerpolitisch die Wirtschaftskrise wächst, umsomehr gewinnt der Alarm vom kommenden Krieg zwischen Deutschland und Polen an realem Boden. Man ist sich sowohl in Paris, als auch in Warschau, aber weit mehr noch in Deutschland, darüber klar, daß jede kriegerische Auseinandersetzung zwischen den drei Mächten, einen neuen Weltkrieg zur Folge haben muß, dessen Ausgang nur die Weltkatastrophe sein kann. Dies weiß man in der polnischen Presse nur zu genau, und man muß sagen, daß das, was hier in den letzetn Tagen an Verhetzung gegen das deutsche Volk geleistet wird, alle Voraussetzungen bietet, um die Kriegspsychose nur zu fördern. Man unterscheidet aber auch nicht das geringste Atom, zwischen dem deutschen Volk und seiner republikanischen Einstellung, sondern will es so haben, als wenn die heutige Regierung der Willensausdruck des deutschen Volkes wäre. Sie ist es ebensowenig, wie es einst die Hohenzollern waren. Hinzu tritt die Tatsache, daß die heutigen Machthaber in der Regierung aus ihrer monarchistischen Einstellung keinen Hehl machen und so dem Ausland selbst die Argumente liefern, die gegen das gesamte deutsche Volk ausgeschlachtet werden.

Daß dieser deutsch-französisch-polnische „Kriegszustand" nicht ohne Folgen auf das Ausland ist, beweisen die Beurteilungen, die Deutschland seit dem Regierungswechsel zuteil werden. Mit Ausnahme von Italien ist die Stimmung gegen Deutschland eingestellt, und so ist es auch verständlich, daß man von der Lausanner Konferenz keinen Ausweg, sondern eine Verschärfung der internationalen Lage erwartet. Man wird zwar in Lausanne Deutschland, weil es nicht zahlen kann, und es auch unter Brüning nicht tun konnte, wohl eine Atempause gönnen, aber die Lösung der Konflikte, besonders der Reparationsfrage, bringt Lausanne nicht. Und ohne diese Lösung wird sich die Europakrise von Tag zu Tag verschärfen, und auf Deutschland fällt die Verantwortung, daß man zu keiner Entspannung kommt. Daß die Alarmstimmungen gegen Deutschland überwiegen, fast mehr noch als im August 1914, braucht nicht weiter unterstrichen zu werden. So ist Lausanne nicht ein Verständigungsbote, was er unter Brüning werden konnte, sondern wird weiter zu einer antideutschen Hetze beitragen, durch die Schuld derer, die das Ausland nicht begreifen wollen und sich eine Regierung leisten, die aber auch nicht einen Schatten von Vertrauen erweckt und dadurch dem deutschen Volke einen, nicht so bald wieder gutzumachenden Schaden zufügen. —ll.



Ungarn am Ende seiner Kraft

Der ungarische Finanzminister Baron Koranyi hielt im Abgeordnetshaus eine bedeutsame Rede, in der er ankündigte, daß Ungarn seine bisherigen Lasten nicht mehr tragen könne und daß unbedingt das Ausland eingreifen müsse, wenn nicht sämtliche Gläubiger Ungarns ihr Geld v rlieren wollten.

England und Lausanne

Englische Pläne zur Entspannung? — Die Besprechungen in Paris — Neue Ueberraschungen für Deutschland

London. Es bestätigt sich, daß Herriot der englischen Regierung Andeutungen über die französische Reparationspolitik gemacht hat, als er die Einladung an Macdonald übermittelte. Die Bemerkungen sind jedoch sehr allgemein gehalten. Sie lehnen sich eng an die Erklärungen Herriots in der Kammer an, enthalten also keine greifbaren Vorschläge.

Die vom „Daily Expreß" gebrachte Meldung, daß in Lausanne Vorschläge für eine allgemeine Herabsetzung der Reparationen und Kriegsschulden gemacht werden würden, wird in London als ein aus französischer Quelle stammender Versuchsballon angesehen. Soweit England in Frage komme, sei der Plan einer Herabsetzung der Reparationszahlungen schon vor längerer Zeit fallen gelassen worden und bilde, wie versichert wird, nicht mehr einen Teil der englischen Politik. In politischen Kreisen verstärkt sich der Eindruck, daß der englischen Abordnung sehr weite Verhandlungsmöglichkeiten offen gelassen worden sind.

In London sind Gerüchte im Umlauf, daß England, wenn Frankreich einer völligen Streichung der Reparationen zustimme, auf Deutschland im Sinne eines Entgegenkommens in der Abrüstungsfrage Frankreich gegenüber hinwirken werde. Die englischen Vertreter, so meldet der „Star", würden sich für die vollständige und allgemeine Streichung der Kriegsschulden und Reparationen einsetzen.

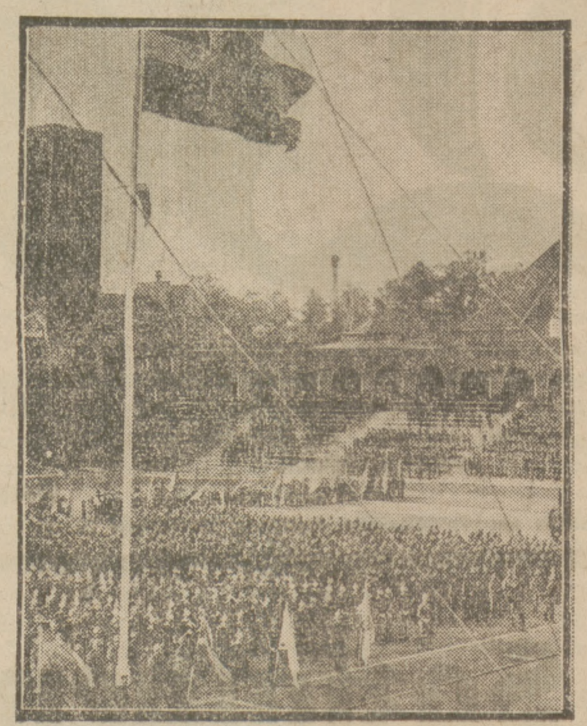
„Manchester Guardian" nimmt gegen die Pläne Stellung, Deutschlands Reparationszahlungen auf etwa 200 Millionen Mark in Jahr herabzusetzen. **Diese Summe würde eine sehr fühlbare Last für das Deutsche Reich darstellen, das nicht wisse, wie es seine Einnahmen vergrößern oder seine Ausgaben vermindern könne, ohne soziale Unruhen hervorzurufen.**

Vor der englisch-französischen Aussprache

Paris. In Pariser politischen Kreisen hofft man, daß die guten persönlichen Beziehungen zwischen Herriot und Macdonald eine Annäherung der beiderseitigen Auffassungen ermöglichen. Die Ministerbegegnung sei umso wichtiger, und notwendiger, als man die Gefahr einer etwaigen deutsch-englischen Verständigung über den Kopf Frankreichs hinweg verhindern müsse. Frankreich habe allen Grund, aus der politischen Isolierung herauszukommen, die durch die Haltung Italiens immer augenfälliger werde. Besondere Beachtung schenkt man hier der Nachricht, daß sich der amerikanische Staatssekretär Stimson dem britischen Botschafter gegenüber gegen eine Streichung der Reparationen ausgesprochen haben soll. Schließlich erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Lausanner Konferenz gleich nach der Aussprache über die Reparationen vertagt wird und daß man die Verhandlungen für einen späteren Zeitpunkt in London wieder aufnehmen werde, um den Vereinigten Staaten die Mitwirkung zu ermöglichen. Verschiedene Blätter sprechen von der Aussetzung des Youngplanes „sine die" für den Fall, daß Deutschland sich bereitfinde, seine Verpflichtungen wenigstens prinzipiell anzuerkennen. Der neue Reichsaußenminister von Neurath könne sich vielleicht in Lausanne eine zugänglichere Haltung gestatten, da er nicht so stark innerpolitische Rücksicht nehmen müsse, wie seine Vorgänger. Ob der Youngplan aufgehoben oder auf unbegrenzte Zeit außer Kraft gesetzt werde, bleibt sich im Erfolg gleich.

Der Zwischenfall Reich-Preußen beigelegt

Berlin. Reichskanzler von Papen hat dem stellvertretenden Ministerpräsidenten des geschäftsführenden preußischen Kabinetts auf dessen Brief wegen des Kanzlerschreibens an den Landtagspräsidenten Kerrl geantwortet. In seinem Schreiben an den Minister Hirtsiefer bringt der Kanzler zum Ausdruck, daß er bereit sei, dem preußischen Wunsch gemäß zu verfahren, daß er sich aber vorbehalten müsse, in ähnlich gelagerten Fällen sich an den preußischen Landtagspräsidenten direkt zu wenden. Das Reich betrachtet mit diesem Schreiben den Zwischenfall als erledigt.



Wie Schweden seinen Nationalfeiertag begeht

Der schwedische Nationalfeiertag — das „Fest der Fahne" — wird alljährlich in Stockholm mit einer großen Truppenparade begangen, die der König abnimmt. Unsere Aufnahme zeigt die Festlichkeiten im Stadion von Stockholm; man sieht die Truppen in Parade- und Kriegsuniform malerisch aufgestellt.

Präsident Coolidge für Zahlung der Kriegsschulden

New York. Der frühere Präsident Coolidge tritt in einem Artikel im „Cosmopolitan Magazine" schärfstens gegen eine Streichung der Kriegsschulden ein. Er bringt zum Ausdruck, daß das Geld s. Zt. auf dem Kreditwege aufgenommen werden mußte und daß somit eine Streichung der Kriegsschulden eine direkte Belastung der Steuerzahler bedeuten würde.

Bevorstehende Note Chinas an Rußland

Nanking. Die chinesische Regierung hat den chinesischen Außenminister Lovenkan bevollmächtigt, der Sowjetregierung eine Note über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China zuzustellen. Die Note soll auf telegraphischem Wege nach Moskau übermittelt werden und sehr kurz gefaßt sein. Weitere Einzelheiten der Note werden nicht bekanntggeben. Der Text der Note wird erst drei Tage nach seiner Uebermittlung nach Moskau veröffentlicht werden.

Ausbreitung des Generalstreiks in Spanien

Madrid. Der in Ferrol ausgebrochene Generalstreik breitet sich auf ganz Spanien aus. In Vingo, Lugo, Orense, Coruna und Santiago kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei. In Ferrol kam es zu Schießereien und Bombenexplosionen. In Tuy steckten Streikende zwei Geschäftshäuser in Brand. Auch in Cartagena ist der Generalstreik ausgerufen worden, Streikende versuchten, das Rathaus zu stürmen. Die Landarbeiter im Bezirk Talavira verweigern trotz dringender Erntearbeiten jede Arbeit.

Von Hanns Gobsch

Wahn-Europa 1934

48)

Die Abrechnung mit den maßgebenden Gegnern kann beginnen: mit Italien und Rußland." Pause. Audinots Stimme wirdg schärfer und energischer. „Der Ausgang eines modernen Krieges liegt, weit mehr als früher, schon in seiner Eröffnung beschlossen. Rücksichtsloser Offensivgeist wird unsre Kriegsführer kennzeichnen. Der richtige und überraschende Einsatz der Luftstreitkräfte muß bereits die Lähmung der Gegner herbeiführen. Es ist deshalb sehr zweifelhaft, ob in Zukunft die Partner ihre Kriegsabsicht durch vorangehende formelle Kriegserklärungen preisgeben! Das Moment der Ueberraschung wird sich kein Generalstab für seine Luftarmeen entgehen lassen. Moralische Bedenken werden belanglos. Es ist ein Kampf auf Sieg oder Untergang, nach ethischen Grundsätzen kann nicht mehr gefragt werden. Ebenso wenig hat man zwischen kämpfender Front und Hinterland zu unterscheiden. Die Länder werden in ihrer Gesamtheit zu Kriegsschauplätzen. Verwüstungen im Inneren Frankreichs, Massensterben der Bevölkerung infolge feindlicher Luftangriffe, Verzweiflungsaktionen der aufgewühlten Massen — das alles muß als unerbittliche Folge eines modernen Krieges mit kalter Ueberlegung in Rechnung gestellt werden. Da anzunehmen ist, daß unsre Gegner zur Verseuchung unsres Volkskörpers sich auch des Bazillenkrieges bedienen werden, sind die gleichen Kampfmittel selbstredend auf auf unsrer Seite vorbereitet. Unsre industriellen Anlagen, Hauptstädte, Eisenbahnen, Flughäfen, die Zentren wirtschaftlichen Lebens bild n die natürlichen Angriffsziele der gegnerischen Lutflotte. Die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen die zugemuteten harten Opfer abzuschätzen, ist Sache des Staatsmannes, nicht des Generalstabschefs. Ich habe nur die Maschine des Krieges zu bedienen. Was zur Abwehr und Milderung feindlicher Geschwader nur sehr begrenzt aufzuhalten ist." — Der General bleibt jetzt stehen, läßt zum erstenmal seine ruhigen, kühlen Augen über die Gesichter streifen, die ihm ernst und sorgevoll zugewandt sind. „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder Sie renken die gefährliche politische Lage ohne Verzug wieder ein, vielleicht nehmen Sie auch ein kleines Opfer eher in Kauf als die Unsicherheit und Schrecken eines Waffenganges — oder Sie halten an Ihrem politischen Ziel fest, sei es auch um den Preis geopferter Menschenmillionen und Gordmilliarden: dann befehlen Sie mir, den Schutz des Landes sicherzustellen. Man hat bereits Vorwürfe gegen mit erhoben, daß ich Politik treibe. Bitte, meine Herren: man bereitet den schlimmsten Fall vor oder man trägt Sorge, daß dieser schlimmste Fall nie eintritt! Eins oder das andere. Sonst fühle ich mich ohne Verantwortung."

Tiefe Stille. Die Minister starren auf den Tisch oder in die Luft. Die klaren Worte des Generals verlangen klaren Entschluß. Die Verantwortung kann nicht länger hinausgeschoben werden.

Der Ministerpräsident richtet sich langsam in die Höhe.

„Wir werden niemals die Angreifer sein! Aber wir werden uns wehren! Sie belächelten vorhin die „Zwangsläufigkeit" politischer Geschehnisse, Herr Brandt, ich erkenne sie an. Wir werden uns also in diesem Punkt nie verständigen. In meiner Bereitschaft, den Frieden zu erhalten, stehe ich Ihnen nicht nach..."

„Ich vermisse nur die entsprechenden Taten!" fällt Brandt scharf ein.

„Bitte, Herr Brandt, wenn der Frieden nur zu haben sein sell unter Verzicht auf nationale Selbstbehauptung, dann wähle ich allerdings ohne Ueberlegung die Waffenentscheidung!"

„Sie drehen sich im Kreise, Baron! Erst machen Sie eine spitzfindige und buffende Politik, und jetzt präsentieren Sie dem Volk die unheilvolle Rechnung!"

Saint Brice überhört den Einwurf und fährt fort: „Ihre Methoden, Herr Brandt, lehne ich ab. De schroffe Absage an unsern Belgrader Freund kann den kunstvoll geschmiedeten Bau der französischen Politik zerstören! Ihre Aufforderung an Berlin zum Boykott gegen den Staat, der zur Mobilmachung schreitet..."

„Zuerst zur Mobilmachung schreitet!"

„Bitte, Herr Brandt, das ist Haarspalterei. Es kommt nicht darauf an, wer de jure die Mobilmachung als erster verkündet, sondern wer sie als erster materiell bewerkstelligt. Italien zieht seine Luftkräfte zusammen..."

„Nachdem wir zuvor das Beispiel gegeben haben!"

„Eine Vorbereitung, die unerläßlich war, wie Sie aus der Darlegung des Herrn Generalstabschefs gehört haben!"

Brandt springt auf. „Es ist ein hoffnungsloses Kreiselspiel!"

„Bitte, Herr Brandt, ist es noch französische Interessenpolitik, wenn Sie ausgerechnet in unsrer angespannten Lage den Deutschen die Aufhebung des Versailler Vertrages in Aussicht stellen, ganz ohne Gegenleistung! Versailles erweist sich gerade heute als stärkste Stütze! Deutschland, weil zu militärischer Ohnmacht verurteilt, fällt als Kampfgegner nahezu aus, ebenso verhält es sich mit Oesterreich und Ungarn. Versailles hat Polen und die kleine Entente fest an Frankreich gekettet. Die militärische Ueberlegenheit gehört also uns und unsren Bundesgenossen! Darüber wird sich auch Herr Capponi nicht täuschen! Es heißt also, Herr unsrer Nerven zu bleiben..."

In diesem Augenblick dröhnen Massenrufe von der Straße herauf:

„Brandt!... Hoch Brandt!... Nieder mit den Kriegsmachern!"

Brandt tritt auf Saint Brice zu. „Hören Sie, Baron? Straßen und Plätze hallen wider von den Angstschreien einer Menschheit, die das Messer der Henker wittert!"

„Verhetzte Massen rufen allerlei!" wirf ihm Saint Brice laut zurück.

„Jawohl, allerlei rufen die Massen! Zum Beispiel meinen Namen, nicht wahr? Stolze Genugtuung, in dieser Stunde Anwalt ungezählter Millionen zu sein! Anwalt der Vernunft! Verstehen Sie nicht den Notschrei einer geschundenen Erde? Den Anruf eines Gottes, der gerechter und menschlicher sein möge als Kabinette und Parlamente?"

„Und wenn uns morgen Capponi seine Fliegergeschwader und Armeen auf den Hals schickt?" braust Humette auf.

„Das zu tun wird er nur wagen, wenn Sie selbst die Zähne blecken!"

„Aber wenn er uns anpackt, auch ohne unser Zutun? Darauf, Herr Brandt, sind Sie uns loyale Antwort schuldig! Soll der italienische Angriff ein zur Verteidigung entschlossenes Frankreich finden? Ja oder nein?" Humette steht sprungbereit auf der andren Seite des Tisches.

Brandt steht eine Sekunde betroffen. Dann sagt er, jedes Wort sich mühsam abringend: „Wer uns überfällt, stößt auf französisches Eisen!

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Kirchendiebstähle

Das „heilige Eigentum“ muß geschützt werden, weshalb die Strafen für begangene Diebstähle noch immer sehr hoch sind. Früher hat es für den Dieb immer nur eine Todesstrafe gegeben, und zwar die schändlichste, die man sich denken kann. In Polen war es in dieser Hinsicht auch nicht besser als wo anders, vielleicht sogar noch schlimmer. Noch im 17. Jahrhundert hat ein gewisser Smolka in Krakau einen goldenen Becher einem Kanzler Zamojski entwendet, den er in Tarnow an einen Juden verkaufen wollte. Der Jude hegte Mißtrauen, benachrichtigte die Behörde und Smolka wurde verhaftet und nach Krakau gebracht. Hier hat man an vier Stellen Holzöfen aufgestellt und führte den unglücklichen Dieb, von einem Ofen zu dem anderen. In den Feuerflammen lag eine Stampiglie, die glühendrot sein mußte und der Henker drückte dem unglücklichen Smolka eine Stampiglie auf die Stirn und brannte die Haut bis zum Knochen durch. Dann ging es an den zweiten Ofen und die Stampiglie wurde dem Unglücklichen auf die linke, bei dem dritten Ofen auf die rechte Brustseite gedrückt. Bei dem letzten Ofen wurde die Stampiglie auf den Rücken gedrückt und erst dann ging es an den Galgen.

Nach den alten polnischen Gesetzen, gehörte die Haut des Diebes dem Bestohlenen, der damit machen konnte, was er wollte. In demselben Jahrhundert hat ein Schlachziz in Slawkow, der von seiner Dienstmagd bestohlen wurde, nach Vollstreckung des Todesurteiles an der Magd, von ihr die Haut abziehen und sich daraus Hosenbesatz für seine Reithosen machen lassen. Jedesmal wenn er in dieser Hose aus dem Hause ging, schlug er auf die Haut der Magd mit der Reitpeitsche und und beschimpfte dabei die Diebin. Rohe Sitten und rohes Volk hat es im Mittelalter gegeben, und zwar überall, in allen Ländern. Das menschliche Leben, besonders des unbemittelten Plebs, galt überhaupt nichts und die Diebstähle wurden gemein grob bestraft.

Hauptsächlich die Kirche wußte sich vor Diebstählen zu schützen und betrachtete den Kirchendieb als „Kirchenschänder“. Wurde ein Kirchendieb erwischt, so brannte man ihm zuerst die Hände mit Schwefelfeuer bis an die Gelenke ab und ist er während der Tortur nicht gestorben, so wurde er dann auf dem Scheiterhaufen verbrannt oder durch Pferde zerrissen, je nach der Art der Todesstrafe, die in den einzelnen Ländern eingeführt war, für die „Kirchenschänder“.

Auch noch heute sind die Strafen hart und Kirchendiebstähle werden auch noch heute als „Kirchenentweihung“ angesehen, wenigstens von den Konfraters und den frommen Schäflein. Und dennoch werden die Kirchen „geschändet“ und Kircheneinbrüche ausgeführt und sie lohnen sich auch. Der Kirchendieb, der nicht ängstlich ist, findet dort immer genügend Gegenstände, die ihm etwas einbringen.

Der Kircheneinbruch in Schoppinitz ist doch bezeichnend gewesen. Der Kirchendieb hat eine Reihe von Uhren gestohlen, die der hl. Theresia gewidmet waren. Der Dieb hat sich sicherlich gedacht, daß die hl. Theresia keine Uhren braucht, und sollte sie welche gebrauchen, so dürfte ihr die große Turmuhr genügen und nahm die Uhren an sich und verschwand damit. Außer den Uhren hat er noch andere Kostbarkeiten mitgenommen, die ihm auch gute Dienste leisten werden. Es gibt in den Kirchen goldene Kelche, silberne Tabernakels und weiß Gott noch sonst was. Das reizt die Diebe, denn Gold und Silber reizt jeden Menschen, besonders wenn er nichts zum Beißen hat.

In Radowisk, in der Posener Wojewodschaft, wurde in der vorigen Woche ein Kirchendiebstahl ausgeführt. Die Diebe, oder der Dieb, hat auf die Ueberreste, des hl. Heinrich Baberski, abgesehen, die er auch mitnahm. Die hl. Ueberreste kann er natürlich entbehren, denn dafür bekommt er nicht einmal einen Groschen, aber er hat auf die Einfassung abgesehen, die aus Gold hergestellt war. Die dortige Bevölkerung ist sehr fromm, weshalb sich eine große Menschenmasse nach dem Diebstahl vor der Kirche angesammelt hat, die den Dieb verfluchte und zum hl. Heinrich Baberski betete. Das hat nicht viel genützt, denn der Dieb war weg und konnte nicht mehr erwischt werden.

Die Kirchen können sich sehr leicht vor Diebstählen schützen, indem sie auf Kostbarkeiten ganz einfach verzichten. Der liebe Gott und die Mutter Maria brauchen kein Gold und keine Edelsteine, überhaupt keine irdischen Güter. Wir werden sie nach dem Tode auch nicht mehr gebrauchen und würden sie selbst heute nicht brauchen, wenn wir keine kapitalistische Wirtschaftsordnung hätten. Mit Gold und Edelsteinen kann man den Magen nicht vollstopfen, man kann ihn höchstens damit verderben. Die Kirche sollte doch die armen Teufels mit den Kostbarkeiten nicht reizen, aber wir predigen tauben Ohren, denn die Konfraters können davon nie genug bekommen.

Die Direktorengehälter

Aus Warschau wird berichtet, daß demnächst ein Dekret des Staatspräsidenten erscheinen wird, daß alle Verträge, die sich auf Gehälter über 3000 Zloty monatlich beziehen, aufgehoben werden. Der Sanacjaklub im Warschauer Sejm hat sich mit dieser Frage eingehend befaßt und hat der Regierung einen solchen Vorschlag unterbreitet. Wohl kommt diese Verordnung reichlich spät, aber sie wird besonders bei uns, im Industriegebiet mit Genugtuung aufgenommen. Gerade bei uns im Industriegebiet werden Direktorengehälter gezahlt, die mit Recht als Provokation angesehen werden. 10 000 Zloty monatlich gilt als eine bescheidene „Entschädigung“ für einen Direktor. Solche mit 50 000 Zl. monatlich und noch weit darüber hinaus, sind keine Seltenheit. Leider muß eine Umgehung der neuen Verordnung durch die Schwerindustrie befürchtet werden. Wir haben schon heute Direktoren, die überhaupt kein Gehalt beziehen, aber am 1. eines jeden Monats 25 000 Zloty als Diäten einstecken. Solche Gaunerei ist hier auf der Tagesordnung und man wird sie durch ein Gesetz nicht beseitigen. Die Verordnung wird auch die Entschädigung an die Aufsichtsräte regeln. Leider hört man nichts von einem Gesetz, das die Zahl der Direktoren einschränken würde. Bei uns sitzt einer auf dem anderen. Dort, wo früher ein Direktor wirkte, sitzen heute mehrere, wie die Maden im Speck und bestehlen die Allgemeinheit. Außerdem bestehen soviel Syndikate und Konventionen und überall „wirken“ Direktoren mit Riesengehältern, was früher nicht der Fall war.

„Kommunisten“ sprengen Arbeiterversammlung

Wie die „Radikalen“ die Massen „aufklären“! — Das wahre Gesicht der Kommunisten — Wer trägt den Bruderkampf ins Proletariat? — Arbeiter, laßt euch nicht beirren, kämpft ehrlich für den Sozialismus!

D. S. A. P. und P. P. S. haben für Donnerstag nachmittags nach Schwientochlowitz eine öffentliche Versammlung einberufen. Schon am Montag war in den kommunistischen „Zellen“ in Kattowitz bekannt, daß die Kommunisten unter allen Umständen die Versammlung sprengen werden, denn man müsse einmal die „Sozialfaschisten“ demaskieren, damit sie nicht die Massen anziehen, wie dies in den letzten Wochen der Fall war. Auf dieser Versammlung sollte auch ein Arbeitslosenkomitee gegründet, beziehungsweise gewählt werden. Schon, als die Versammlung eröffnet wurde, wollte man die Tagesordnung beeinflussen, was indessen nicht gelang. Als erster sprach Genosse Janta in polnischer Sprache und gab einen Ueberblick über die Krise, sowie die Aufgaben der Arbeiterklasse in dieser Zeit. Als er als einzigen Ausgang die Umwandlung der heutigen Gesellschaftsordnung in die sozialistische Planwirtschaft forderte, wurde er von ein paar Schreiern unterbrochen, so daß Gen. Janta alle Mühe hatte, sich durchzusetzen. Genosse Abg. Kowoll, der daraufhin in deutscher Sprache seine Ausführungen begann, mußte sich manche Zwischenrufe gefallen lassen, besonders, als er über die Einstellung der radikalen Richtungen sprach und sich gegen Provokationen wandte, die

nur unnötige Blutopfer von der Arbeiterklasse fordern und so der bürgerlichen Spießergesellschaft die Möglichkeit geben, die Polizei in Aktion zu setzen.

Besonders setzte sich Gen. Kowoll mit Pfarrer Otremba und den Prozessionen auseinander und legte dar, daß man erst dann von einem Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft durch solche Prozessionen reden kann, wenn nicht nur einige hundert, sondern alle Arbeiter Beschäftigung erhalten. Die Arbeiterschaft darf sich von ihrem Ziel nicht abbringen lassen, denn unsere Aufgabe ist es,

auf evolutionärem Wege den Sozialismus zu erobern,

das kann man indessen nur, wenn die Arbeiterklasse dazu durch politische Organisation erzogen wird. Obgleich ein recht großer Applaus folgte, konnte man wahrnehmen, daß einigen Radaumachern dieser Erfolg nicht paßte. Genossin Szymanowska-Warschau sprach dann über die

Solidarität der Arbeiterfrauen

in diesem Kampf um die Befriedung und forderte sie auf, sich mit den Männern zusammenzuschließen, um die heutigen Zustände zu verändern.

In der Diskussion sprachen dann drei sogenannte „Kommunisten“ in der schärfsten Tonart gegen die „Arbeiterverräter“ und die Sozialfaschisten, wobei sich der

Betriebsrat Nawrath der gemeinsten Verleumdungen bediente.

Genosse Weber versuchte, als zweiter Diskussionsredner, die Wogen zu glätten. Als aber auf die Demagogie Nawraths der Genosse Janta antworten wollte und

obgleich weitere Diskussion zugesichert war, entspann sich ein solcher Lärm, daß einfach jede weitere Versammlungsmöglichkeit ausgeschlossen war.

Wiederholt wurde zur Ruhe ermahnt und Redefreiheit zugesichert, die Kommunisten ließen Gen. Janta nicht mehr zu Worte kommen. Der Vorsitzende schloß darauf die Versammlung, aber die Radauhelden diskutierten weiter,

es lag ihnen an nichts anderem, als an einer Provokation unserer Genossen,

denn manche von den Radauhelden machten Anstalten, unsere Genossen tätlich anzugreifen.

Es bleibt ein Verdienst der Schwientochlowitzer „Kommunisten“, daß sie eine Arbeiterversammlung gesprengt haben und Nawrath machte in der Diskussion keinen Hehl daraus,

daß sie in die sozialistischen Versammlungen nur dazu kommen, um die Massen in ihrem Sinne „aufzuklären“, also Versammlungen zu sprengen.

Die Arbeitslosen aber und die Versammlungsteilnehmer mögen ihre Lehren aus diesen Radaustücken sogenannter „Kommunisten“ ziehen, die Wieczoreks und Kommanders verdrücken sich und lassen Provokateure zurück, damit die Massen nicht zum Klassenkampf erzogen werden, sondern sich vor die Polizeiknüppel treiben lassen. Das ist das wahre Gesicht der sogenannten Kommunisten. Selbst

zu feige, eigene Versammlung einzuberufen,

besteht ihre einzige „Fähigkeit“ darin, Arbeiterversammlungen zu sprengen, dazu haben sie auch ihre Jünglinge aus der ganzen Umgebung zusammengezogen. Damit werden sie die Massen erziehen. Pfui Teufel! Wenn man das Aufklärung der Massen nennt! Wir aber werden schon Mittel und Wege finden, um die Massen aufzuklären und werden uns auch auf der nächsten Versammlung vor diesen Radauhelden zu wehren wissen, dessen können die Nawrath, Kolodzieczyk und Piels sicher sein. **Mit geistigen Waffen vermögen sie nichts auszurichten, darum niemanden zu Worte kommen lassen, der ihnen die Maske ihres verräterischen Treibens herunterreißen kann!**

Schwere Straßenbahnkatastrophe in Bismarckhütte

2 Straßenbahnwagen stießen zusammen — 27 Personen verletzt, darunter 5 schwer

Der Motorführer verhaftet

Gestern um ½4 Uhr nachmittags ereignete sich in Bismarckhütte ein schwerer Zusammenstoß eines elektrischen Motorwagens mit einem Anhängewagen. Beide Straßenbahnwagen waren mit Passagieren dicht besetzt. Der Motorwagen kam in voller Fahr von der Richtung Schwientochlowitz und fuhr mit voller Wucht in den vor dem Bismarckhütter Bahnhof wartenden Anhänger, der die Fahrtrichtung Kattowitz—Sosnowitz nehmen sollte. Der Zusammenstoß kam so rasch und war so wuchtig, daß eine große Staub- und Rauchwolke aufstieg, und

man hörte das Schreien der verletzten Passagiere.

Beide Wagen trugen starke Beschädigungen davon und die

Glasscherben flogen wie eine Staubwolke herum,

die den Passagieren arge Verletzungen beibrachten. Durch den Anprall haben außerdem die Passagiere Quetschungen erlitten, weil die Sitze aufeinander stießen.

Der Passagiere bemächtigte sich eine

wilde Panik,

die das Chaos nur noch steigerte. Die Verwundeten stöhnten, Frauen weinten und schrien, und die Männer fluchten. Alles drängte zu den Ausgängen. Fast alle Passagiere bluteten stark, und man sah bei den meisten arge Schnittwunden im Gesicht und an den Händen.

Im Bahnhofsgebäude befand sich glücklicherweise die Hilfsstelle des Roten Kreuz, die den Verwundeten die erste Hilfe leistete. Der Arzt Dr. Wilczek hatte die Hände voll zu tun. Den Schwerverletzten wurde Notverbände angelegt und sie wurden nach dem Hüttenlazarett Bismarckhütte geleitet. Die Leichtverwundeten konnten sich nach Anlegung eines Notverbandes in ihre Wohnungen begeben. Es wurden

5 Schwerverletzte in das Krankenhaus geschafft und 27 Leichtverletzte verbunden.

Die Zahl der Verwundeten dürfte noch größer sein, denn die leichter Verletzten nahmen nicht alle die ärztliche Hilfe in Anspruch. Nach dem Zusammenstoß sammelte sich eine große Menschenmenge an der Unglücksstelle, die durch eine Polizeikette abgesperrt wurde. Die Polizei ging gegen die die Neugierigen rigoros vor. Zwei Stunden nach dem Unglücksfall erschien eine Gerichtskommission, die sofort eine Untersuchung einleitete. Die Augenzeugen der Katastrophe sagen aus, daß die Schuld lediglich den Motorführer trifft, der auch von der Stelle verhaftet wurde. Es ist das ein gewisser Brudek, der seit 1925 bei der Straßenbahngesellschaft angestellt ist. Der Sicherheitschef, Abteilungsleiter Ryczkowski, war auch zur Stelle, der die Verhaftung des Motorführers angeordnet hat. Unter den Schwerverletzten befindet sich einer, der bei dem Zusammenstoß das Augenlicht eingebüßt hat.

Außerordentliche Schlichtungsausschüsse

Die Regierung bereitet eine Verordnung vor, die sich auf die Schlichtung der Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis beziehen. Die Verordnung bezieht sich nicht auf alle Industriezweige, sondern auf die wichtigsten, an welchen der Staat und die Allgemeinheit interessiert sind. Die Kohlenindustrie fällt auch darunter. Das neue Dekret besagt, daß die Schlichtungsausschüsse sich paritätisch aus Arbeiterdelegierten, den Unternehmervertretern und Vertretern von drei Ministerien, Handel, Justiz und Arbeit, zusammensetzen werden. Die Verhandlungen müssen in Anwesenheit aller dieser drei Gruppen geführt werden, gleichgültig, ob die betreffenden Gruppen ihre Vertreter delegieren oder nicht. Der Schiedsspruch ist für beide Teile bindend. Die außerordentlichen Schlichtungsausschüsse werden sofort nach Ausbruch einer Streitigkeit einberufen und nach der Schlichtung lösen sie sich auf.

Um die sowjetrussischen Bestellungen herum

In Berlin werden Verhandlungen wegen sowjetrussischen Bestellungen für die hiesige Schwerindustrie geführt. Es handelt sich um Aufträge in Höhe von 40 Millionen Zl., die sich auf die einzelnen Hütten, besonders die neue Interessengemeinschaft verteilen sollen. Wegen diesen Verhandlungen hat der Demobilmachungskommissar die Stillegung der Falvahütte, einstweilen verschoben. Wohl werden die Aufträge von der Schwerindustrie entgegengenommen, die Schwierigkeiten bestehen jedoch in ihrer Finanzierung. Polnische Banken können die Finanzierung der Aufträge nicht durchführen, weil sie kein Geld haben. Das können die deutschen Banken machen, aber sie verlangen von der polnischen Regierung eine Garantie und deshalb nehmen die Verhandlungen einen recht schleppenden Gang. In den nächsten Tagen soll jedoch die Entscheidung fallen und man hofft allgemein, daß die Aufträge erteilt werden.

Arbeiterreduktion in der Rybniker Maschinenfabrik

In gestrigen Konferenz befaßte sich der Demobilmachungskommissar mit der Arbeiterreduktion in der Rybniker Maschinenfabrik. 35 Arbeiter sollen dort abgebaut werden, nachdem die Verwaltung nicht in der Lage ist, diese Arbeiter zu beschäftigen. Dieser Abbau soll vorübergehend sein, weil die Verwaltung der Ansicht ist, daß die Zeit nicht mehr fern ist, daß die Maschinenfabrik demnächst voll im Betrieb bleibt. Der Demobilmachungskommissar hat die Reduktion der Arbeiter genehmigt.

Kattowitz und Umgebung

Der Sanacja-Abgeordnete Fesser provoziert.

Der schlesische Sejm ist geschlossen worden, und die Sanacjaabgeordneten haben keine Gelegenheit, ihre giftigen Reden zu verwerten, so gehen selbige darauf aus, die deutsche Bevölkerung zu provozieren. Ein Beispiel von unverschämter Provokation, erlaubte sich der Sanacja-Abgeordnete Fesser, in der Straßenbahn Kattowitz-Hohenlinde. In derselben fuhr ein Herr mit seiner Familie und sprach zu seinem Kinde einige Worte in deutscher Sprache. Dies ging diesem „Posel" derart auf die Nerven, daß er mit Drohungen gegen den Familienvater nicht zurück hielt. Worte, wie: „Sie sind Angestellter und erziehen das Kind in einer derartigen staatsfeindlichen Weise", waren noch die weniger verletzenden. Als aber gedroht wurde, daß der deutschsprechende Vater seine Stellung verlieren wird, nahm das ein anderer Passagier dem Herrn F. für übel und wies ihn zurecht, daß die Straßenbahn ein öffentliches Verkehrsmittel ist und in diese keine Politik gehört. Denn alle Passanten wollen wenigstens während der Fahrt Ruhe haben. Nun wandte sich der Herr Abg. Fs. der nicht nüchtern war, gegen diesen Passagier und machte einen ordentlichen Spektakel. Der Schaffner bemühte sich vergebens, diesen Herrn zu beruhigen. An einer Haltestelle in Zalenze stieg ein Polizist ein und der provozierende Abgeordnete forderte diesen auf, den, ihn zurechtweisenden, Passagier auf der Stelle zu verhaften, was natürlich nicht erfolgte, da sämtliche Mitfahrenden für diesen Partei nahmen.

Wir glauben, annehmen zu dürfen, daß sich Herr Abg. Fesser auf diese Weise in Oberschlesien populär machen will. Kommentar überflüssig.

Sonntagsdienst der Krankenkassenärzte. Von Sonnabend, den 11. Juni 1932, 2 Uhr nachmittags, bis Sonntag, den 12. Juni, 2 Uhr nachts, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Herlinger, ulica Rajmonta 2 und Dr. Tomiak, ul. Gliwicka 3.

Auf der Straße bewußtlos zusammengebrochen. Auf der ul. Mlynska in Kattowitz brach plötzlich der 65jährige Julius Wesolek aus Kattowitz, infolge Schwächeanfall, bewußtlos zusammen. Der Verunglückte wurde, mittels Auto der Rettungsbereitschaft, nach dem städtischen Spital geschafft. y.

Königshütte und Umgebung

Weitere Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungen.

Trotzdem die Unterstützungen an die Arbeitslosen schon immer gering waren, werden sie von Zeit zu Zeit gekürzt. Ebenso ergeht es der Kurzarbeiterunterstützung, die, nach der neuen Verordnung, rückwirkend vom 1. Mai d. Js. ab, nur noch für einen verfahrenen Arbeitstag in der Woche zur Auszahlung gebracht wird. Infolgedessen, wurde eine große Anzahl Arbeiter von der Kurzarbeiterunterstützung ausgeschlossen, weil sie noch die frühere Schichtenzahl im Monat April verfahren haben. Darüber hatte eine begreifliche Erregung Platz gegriffen und sogar zu einem Protest auf dem letzten Betriebsrätekongreß geführt. Wo dieser Zustand in der fortgesetzten Kürzung der Unterstützungen führen soll, bleibt unverständlich und muß naturgemäß zu Unruhen führen, wie es bereits gestern in Hohenlinde der Fall war.

Ungeachtet dessen, wird weiter die Unterstützung herabgesetzt, so daß man die Frage aufwerfen muß, wovon denn eigentlich die so schwer Betroffenen, mit ihren Familien leben sollen. Das Arbeitslosenkomitee hat, auf Grund dessen, eine sehr umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet und für alles Kommende die Verantwortung abgelehnt. Es werden den Ministerien Vorschläge unterbreitet, die wir demnächst veröffentlichen werden. Nun wird wieder bekannt, daß, auf Grund der verringerten Mittel, für die Unterstützungen der Arbeitslosen, mit dem gestrigen Tage die einmalig gewährten Unterstützungen außer Kraft gesetzt werden. An ihrer Stelle wird die Zahlung einer dauernden Unterstützung eingesetzt, welche einmal in 14 Tagen, d. i. am 15. und 31. jeden Monats, nach folgenden Sätzen zur Auszahlung gebracht wird: Es sollen erhalten: **arbeitslose Ledige, die einen eigenen Hausstand führen, monatlich 10 Zloty, arbeitslose Verheiratete, ohne Kinder, monatlich 15 Zloty, arbeitslose Verheiratete mit einem Kind monatlich 17 Zloty.** Für jedes weitere Kind unter 16 Jahren, werden zwei Zloty Zuschlag gezahlt. Familienmitglieder über 16 Jahre, die von dem Arbeitslosen mit ernährt werden müssen, werden mit 3 Zloty Zuschlag gezahlt, so daß im höchsten Falle für die gesamte Familie des Arbeitslosen die Unterstützung, einschließlich der Zuschläge für Kinder unter 16 und über 16 Jahren, 30 Zl. monatlich nicht übersteigen darf.

Somit traut man der oberschlesischen Arbeiterfamilie zu, mit 30 Zloty im Monat seine, in der Regel zahlreiche, Familie ernähren, bekleiden usw., zu können. Alle Arbeitslosen, die bis dahin die einmalige Unterstützung bezogen und keinerlei andere Einnahmen haben, welche die angeführten Sätze übersteigen, müssen, wenn sie in den Genuß der Dauerunterstützung kommen wollen, einen schriftlichen Antrag auf Zuerkennung im hiesigen Arbeitslosenamt, ulica Glowackiego 5, stellen.

Außerdem wird bekannt gemacht, daß für alle Arbeitslosen, die aus der „Akcja Panstwowa" oder „Wojewodzka" Unterstützung erhalten, diese nach den angeführten Sätzen gezahlt wird. Ferner wird bemerkt, daß die obenangeführte Unterstützung nur ein Mitglied der Familie, und dies das Familienoberhaupt oder der Ernährer, erhält. m.

Weitere Betriebseinschränkungen. Infolge der weiteren Verschlechterung der Arbeitslage in der Königshütte, wurden gestern das Grobwalzwerk und die Martinöfen eingestellt und letztere nur unter Feuer gehalten werden. Die Inbetriebsetzung hängt ganz von dem Eingang von Aufträgen ab. Trotz der vom Demobilmachungskommissar genehmigten Entlassung von 550 Mann der Belegschaft, sollen 800 Mann turnusmäßig beurlaubt werden. Selbstverständlich stehen hier verschiedene Schwierigkeiten im Wege und eine der hauptsächlichsten die ist, die Entrichtung der Beiträge zur Pensions- und Krankenkasse zur Knappschaft. Trotz der turnusmäßigen Beurlaubung besteht die Knappschaft auf der anteilmäßigen Entrichtung der Pflichtbeiträge, anderseits die Verwaltung angibt, solche nicht entrichten zu können. Auf den Ausgang dieser heiklen Angelegenheit ist man in Arbeiterkreisen sehr neugierig. Sollten die turnusmäßigen Beurlaubungen in der Königshütte zu einer Einigung führen, dann sollen auch solche in der Werkstättenverwaltung, um die es gegenwärtig auch sehr schlecht bestellt ist, eingeführt werden. Diese Angelegenheit wird am kommenden Mittwoch bei den Verhandlungen beim Demobilmachungskommissar zur Sprache kommen. m.

Unterbringung von Schülern deutscher Minderheitsschulen in Lehrerfamilien Südposens, zur Erlernung der poln. Sprache. Die Eltern, welche ihre Kinder zur Erlernung der poln. Sprache in Lehrerfamilien Südposens unterbringen wollen und uns dies bereits mitgeteilt haben, werden gebeten, sich zu einer Besprechung dieser Angelegenheit am Sonnabend, den 11. Juni d. Js., um 19 Uhr, im Weißen Saale des Hotels Graf Reden, Königshütte, Kattowitzerstraße, einzufinden. Bei dieser Gelegenheit werden bereits die gewünschten Adressen mitgeteilt.

Großer Zigarettendiebstahl. Im Laden des Kaufmanns Slupa, an der ulica Wolnosci, erschien ein Unbekannter, gab sich als Vertreter eines Sportklubs aus und verlangte eine gute Zigarettenmarke. Während die Verkäuferin dabei war, in den Regalen zu suchen, verstaute der Frechdachs unter seinen Kleidern 1000 Zigaretten „Dames" und „Ksanti", im Werte von 150 Zloty und verschwand unerkannt. m.

Mehr Vorsicht am Platze. Seitdem in der letzten Zeit das Begießen der Balkonblumen wieder eingesetzt hat, werden sehr viele Klagen laut, daß manche Balkonbesitzer bei der Sprengung nicht genügend Vorsicht walten lassen und den auf den Bürgersteigen verkehrenden Passanten an ihren Kleidern Schaden anrichten. So erging es einem Herrn auf der ulica Wolnosci, dem man gleich einen ganzen Eimer auf den Buckel gegossen hat anstatt die Blumen zu begießen. Scheinbar hatte sich der Balkonbesitzer in ein Dorf versetzt gefühlt, weil er gleich mit dem Eimer auf die Blumen losgezogen ist. m.

Eßt Gemüse. In der gegenwärtigen Zeit erscheint grünes Gemüse wieder reichlich auf dem Markt. Grünes Gemüse sollte täglich auf den Mittagstisch kommen, weil es viel Salz- und Aschegehalt in sich hat. Gerade diese Bestandteile sind dem Körper unentbehrlich. Ferner zeichnen sich die grünen Gemüse und insbesondere Spinat durch ihren Eisengehalt aus und sind daher Blutarmen als Blutbildner sehr zu empfehlen. Die Gemüse wirken auch durch ihren Gehalt an Würzstoffen als Geschmackreize und fordern die Verdauungskräfte. Das saftlose Suppenfleisch wird besser genießbar, wenn es mit kräftigen Gemüse zubereitet wird. Darum reichlich Gemüse gegessen, solange es jung und frisch ist. m.

Siemianowitz

Vom Ortsausschuß des A. D. G. B.

In der gestrigen Sitzung des Ortsausschusses wurde über die Frage der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder eingehend beraten. Dabei wurde festgelegt, daß auch diejenigen Mitglieder, welche, infolge der kargen Unterstützung, nicht in der Lage sind, die Beiträge zu zahlen und daher ausgesteuert sind, freie Rechtsberatung genießen sollen. In allen Bedarfsfällen wenden sich daher die früheren Mitglieder der freien Gewerkschaften an ihre zuständigen Vertrauensleute und Funktionäre, welche das weitere veranlassen werden. Auch in der Frage der Jugendbewegung sollen Schritte unternommen werden, damit dieser Teil der Gewerkschaftsbewegung wieder auf einen grünen Zweig kommt. Hierbei sollen die Kulturvereine nach Möglichkeit mithelfen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde auf die am Donnerstag, den 16. Juni, stattfindende Parteiversammlung hingewiesen. Desgleichen wurde die Einladung des Königshütter Arbeiterturnvereins zu seinem, am 2. und 3. Juli stattfindenden 25jährigen Vereinsjubiläum, sowie auch der Freien Sänger Siemianowitz zu ihrem, am Sonntag, den 10. Juli, im Bienhofpark stattfindenden Sommerfest, zur Kenntnis genommen.

Arbeitslosenversammlung. Die geplante Arbeitslosenversammlung findet am Dienstag, den 14. Juni, vormittags um 10 Uhr, im Garten des Gasthauses „2 Linden", Beuthenerstraße, statt. Alle Arbeitslosen sind hierzu eingeladen. Referenten stellen die sozialistischen Parteien der D. S. A. P. und P. P. S.

In dem Bericht über die Betriebsrätewahlen auf Ficinusschacht ist ein Irtum unterlaufen. Diese finden nicht Mitte Juni, sondern Mitte Juli, statt.

Myslowitz

Erhält Janow Eisenbahnverbindung?

In einer der letzten Magistratssitzungen in Myslowitz wurde u. a. die Notwendigkeit der Einführung des Personenverkehrs auf der Linie Myslowitz—Janow—Ligota besprochen. Die wichtige Angelegenheit hat nicht nur ein allgemein nützliches Motiv, sondern ist auch aufgebaut auf den Grundsätzen der Planwirtschaft, die auf Rentabilität eines vorgeschlagenen Unternehmens basiert.

Eines der außerordentlich wichtigsten Gedanken, die sich hierbei aufdrängen ist die Erschließung der Gemeinde Janow für den Personenverkehr. Genannte Gemeinde muß nun bei einer Einwohnerzahl von über 20 000 Köpfen in Abgeschiedenheit von den anderen Industriegemeinden leben und ist auf eine sehr mangelhafte Verbindung mit den Industriezentren angewiesen. Die nächste Bahnstation befindet sich für einen Teil der Bewohner in Myslowitz und für den weitaus größeren Teil erst in Schoppinitz. Nach beiden Stationen haben diejenigen, die die Eisenbahn benutzen wollen, einen Weg von dreiviertel Stunden zurückzulegen. Durch die Verwirklichung des Planes, dem der Anschluß dieser stiefmütterlich behandelten Gemeinde zugrunde liegt, würde Janow an vier wichtige Verkehrslinien angeschlossen und zwar: Kattowitz, Rybnik, Dziedzitz und Myslowitz-Oswiencim, sowie Myslowitz-Krakau.

Die Rentabilität der Eröffnung der schon bestehenden Linie Myslowitz—Janow—Ligota für den Personenverkehr, ergibt sich aus dem massenhaften Besuch der Janower Arbeiterschaft anderer Orte wie zu Märkten nach Myslowitz, Kattowitz, ferner Besuch der Schulen in Kattowitz und Myslowitz, sowie Fahrten in und aus der Arbeit in verschiedenen Orten des Industriegebiets, was bisher zur Ueberlastung der Eisenbahnstation in Schoppinitz führte und hier zu häufigen Klagen Anlaß gab. Besonders für die Arbeiterschaft, die in Myslowitz, Kattowitz, Brzenzkowitz, Birkental, Imielin, Neu-Berun, Groß-Chelm wohnhaft ist und bei den Gieschegruben Beschäftigung findet, wäre die Realisierung des Planes als Segen zu betrachten. Für die vielen Besucher der Zentralna Targowica in Myslowitz, die aus den Kreisen Pleß und Rybnik kommen, die durch das Umsteigen in Ligota oder in Kattowitz auf Zeitverluste angewiesen sind, wäre dies gleichfalls eine Erleichterung in der Regelung der Geschäftsinteressen. Diese Händler, die man nach Hunderten zählt, ziehen darum vor, Autotaxen zu benutzen, was für die Eisenbahnverwaltung einen Ausfall der Einnahmen bedeutet, die sich nach Eröffnung der Bahnstation Janow heben würden. Neben diesen Kategorien von Benutzern der Eisenbahn kommen schließlich noch die vielen Interessenten aus den Kreisen Pleß, Rybnik und Kattowitz, die nach Myslowitz in Gerichts-, Zoll- und Steuerangelegenheiten berufen werden. Die Jugend aus Janow hat täglich einen Weg zu Fuß von 3—5 Kilometern nach den Lehranstalten in Myslowitz zurückzulegen, was ebenso bei Eröffnung der Bahnstation Janow der Eisenbahnverwaltung Einnahmen einbringen müßte. Hierzu gesellt sich noch der Umstand, daß Gieschewald, als Ausflugsort weit und breit bekannt ist und gleichfalls noch fernab einem Eisenbahnanschluß liegt, dem abgeholfen werden könnte, wenn die maßgebenden Instanzen hier guten Ausbauwillen zeigen würden. Es handelt sich nicht mehr um den Bau einer neuen Eisenbahnlinie sondern um die weitere Ausnutzungsmöglichkeit einer schon bestehenden. Die Eisenbahndirektion in Kattowitz hätte also hier nur bestimmte Personenzüge planmäßig von Ligota nach Myslowitz zu leiten, da keine großen Unkosten damit verbunden sind, sondern sich als gewinnbringend für die Eisenbahnverwaltung und für die Allgemeinheit erweisen muß. Aus diesen Gründen ist anzunehmen, daß die Pläne, die der Myslowitzer Magistrat in dieser Hinsicht ausarbeitet bei den maßgebenden Instanzen auf volles Verständnis stoßen und zum Wohle der Allgemeinheit recht bald verwirklicht werden. —h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Nächtlicher Einbruch in eine Restauration. In der Nacht zum 7. d. Mts. wurde in die Restauration des Gastwirts Josef Brajzner in Schwientochlowitz ein Einbruch verübt. Die Täter drangen zunächst in die Hofanlage und gelangten durch das Abortfenster in das Innere. Gestohlen wurden dort u. a. aus einer Geldkassette 8 Zloty, 2 Herrenuhren, 1 Kiste mit Zigarren sowie mehrere Flaschen Alkohol. Der Gesamtschaden wird auf rund 300 Zl. beziffert. Vor Ankauf der gestohlenen Uhren wird polizeilicherseits gewarnt. X.

Antonienhütte. (Ueberfall auf einen Hausierer.) Ein jüdischer Händler, welcher einen Ballen Anzugstoffe mit sich trug, ging von Haus zu Haus, um seine Ware zu verkaufen. Zwei arbeitslose Burschen faßten den Plan, in den Besitz dieses Stoffes zu kommen. An einer entlegenen Stelle überfielen sie den Stoffhändler und raubten ihm den Ballen Anzugstoffe. Nach der Tat flüchteten sie in die nahegelegenen Felder. Sie wurden aber von Straßenpassanten erkannt. Am folgenden Tage wurden die Täter von der Polizei festgenommen und in Polizeigewahrsam gebracht.

Bielschowitz. (Tödlicher Verkehrsunfall.) Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich auf der ul. Glowna in Bielschowitz. Dort wurde von dem Personenauto Sl. 1 288 die 4jährige Helene Strzyzow aus Bielschowitz angefahren und sehr schwer verletzt. Es erfolgte die Einlieferung in das Spital, wo das Kind inzwischen den schweren Verletzungen erlegen ist. Die Eltern des Mädchens sollen die Schuld an dem Verkehrsunfall tragen, welche das Kind ohne genügende Beaufsichtigung auf die Straße gehen ließen. r.

Bielschowitz. (Ein verdächtiges Auto.) Vorgestern Nacht gegen 2½ Uhr, fuhr auf der ul. Gorna ein Personenauto, welches sehr verdächtig erschien. Ein Bürger, welcher von dem eigentümlichen Geräusch des langsam fahrenden Autos geweckt wurde, sah zum Fenster hinaus und bemerkte, daß in dem Auto zwei männliche Personen saßen. Auffallend war auch, daß die beleuchtete Autonummer mit Leinwand überzogen war. Als ein Polizeiposten sich dem verdächtigen Auto näherte, wollte der Wagen die Flucht ergreifen. Der Posten verhinderte aber die Flucht. Es legitimierte sich einer der Insasen als „Kierownik" aus Sosnowice, der nach Rybnik wollte. Es ist doch sonderbar, das man nach Rybnik über Bielschowic fahren wollte. Die Bevölkerung vermutet, daß es ein Auto war, welches sich mit Menschenschmuggel befaßt. s.

Friedenshütte. (Der neue Betriebsratsausschuß.) Als Obmann in den Betriebsratsausschuß der Friedenshütte wurde der Sanator Wojciech gewählt, als Beisitzer der Greif (Polnische Berufsvereinigung) sowie Janek (Poln. Christen). Nun sollen sie jetzt zusehen, wie sie im Werke „sanieren" werden. m.

Pleß und Umgebung

Krassow. (Ueberall Zollmauern.) Die hiesige Hauptstraße befindet sich in einem geradezu skandalösen Zustande. Auf die Beschwerde beim Landratsamt Pleß hin, wies dieses die Gemeinde an, die Straße in Ordnung zu bringen. Nun rief der Gemeindevorsteher eine Gemeindevertretersitzung ein und erklärte den Gemeindevertretern, daß für den Straßenbau keine Mittel vorhanden sind, er sich daher gezwungen sah, eine Hebestelle (Zollhaus) einzurichten, wobei pro Fähre 0,50 Zloty erhaben werden, um Mittel aufzubringen und die Straße durch Arbeitslose in Ordnung zu bringen. Die Gemeindevertreter sind gegen die Einrichtung der Hebestelle, denn der Straßenbau obliegt der Wojewodschaft und dem Kreise, sie beabsichtigen, sich mit einer Beschwerde an das Landratsamt zu wenden. w.

Rybnik und Umgebung

Selbstmord aus Lebensüberdruß.

Von Arbeitern wurde aus den Lehmlöchern der Kopalnia „Fryderyk", in der Ortschaft Gorzycze, eine Frauenleiche herausgefischt. Es handelt sich um die 15jährige Salomie Rybarczyk aus der Ortschaft Polomi. Das Mädchen war als Dienstmädchen bei dem Landwirt Polnik in der gleichen Ortschaft beschäftigt. Kurz vor der Tat besuchte sie ihren Vater. Nach den Feststellungen soll das Mädchen die unselige Tat aus Lebensüberdruß verübt haben. L.

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Zur Arbeitslosenversammlung.

Wie wir bereits berichteten, fand am Montag, den 6. d. Mts., vormittags, im Bielitzer Arbeiterheim eine große Arbeitslosenversammlung statt, bei welcher folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammelten stellen fest, daß durch die sich noch immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise riesige Arbeitermassen ihre Arbeit verloren haben und deshalb sich in einer katastrophalen Not und im Elend befinden.

Vor nicht langer Zeit erhielten die Arbeitslosen noch die Arbeitslosenunterstützung durch 26 Wochen, welche später auf 17, und zuletzt sogar auf 13 Wochen reduziert wurde.

Nach Erschöpfung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung erhielten die Arbeitslosen im Jahre 1930 durch mehrere Monate die Notstandsunterstützungen in der Höhe von 20 bis 45 Zloty monatlich, welche nach einigen Monaten auch eingestellt wurden. Die Arbeitslosen sind daher auf die Mildtätigkeit der Almosengeber angewiesen.

Wir haben in unseren früheren Resolutionen schon oft darauf hingewiesen, daß laut der Verfassung der polnischen Republik jeder Bürger Anspruch auf Unterstützung und soziale Fürsorge hat. Leider beherzigen die heutigen Machthaber diese Bestimmungen nicht und reagieren auch nicht auf unsere sehr oft erhobenen Forderungen, sondern nehmen uns eine Unterstützung nach der anderen weg.

Die Versammelten stellen fest, daß die Arbeitslosen nicht gleichmäßig behandelt werden. Als Beweis diene der Umstand, daß fast in jeder Wojewodschaft die Arbeitslosen eine andere Behandlung erfahren. In manchen Wojewodschaften erhalten die Arbeitslosen Lebensmittel und Geldunterstützungen, während in anderen kaum Lebensmittel in sehr bescheidenem Maße verteilt werden, oder wie es im Bialaer Bezirk zu verzeichnen ist, daß sie überhaupt nichts ab 1. Juni dieses Jahres erhalten sollen.

Die Versammelten stellen fest, daß diese Krise nur durch die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung hervorgerufen wurde und nur bei Einführung einer sozialistischen Wirtschaftsweise endgültig beseitigt werden wird.

Die Versammelten erklären, daß es eine Schmach und Schande ist, daß die Hälfe der werktätigen Bevölkerung arbeitslos ist und ohne jede Existenzmöglichkeit dasteht, so daß sie gezwungen ist, sich ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen zu erbetteln.

Die Versammelten machen noch einmal auf die weiteren üblen Folgen aufmerksam, die unvermeidlich eintreten müssen, wenn die Arbeitslosen ohne Arbeits- und Verdienstmöglichkeit oder ohne Unterstützung dastehen werden.

Die Versammelten erheben den energischesten Protest gegen irgendwelche Verschlechterung der gesetzlichen Unterstützungen. Die Versammelten protestieren auf das Entschiedenste gegen die beabsichtigte Einstellung der Abgabe von Brot und anderen Lebensmitteln an die Arbeitslosen des Bialaer Bezirkes. Die versammelten Arbeitslosen des Bialaer Bezirkes verlangen die gleiche Behandlung bei Unterstützungen, wie in anderen Wojewodschaften.

Die Arbeitslosen verlangen in erster Linie Arbeit, falls die maßgebenden Faktoren nicht in der Lage sind, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, dann verlangen sie eine ausgiebige Unterstützung für lle Arbeitslosen ohne Ausnahme auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Versammelten sprechen die tiefste Entrüstung über die Behandlung der Arbeitslosen aus und protestieren auf das Entschiedenste gegen das Schlagen der Arbeitslosen mit Gummiknüppeln, weil sie eine entsprechende Entlohnung für zu leistende Arbeit beanspruchen.

Die Versammelten wenden sich zum letzten Male an die maßgebenden Faktoren mit dem Appell, daß die in dieser Resolution aufgestellten Postulate unverzüglich berücksichtigt werden und die Behörden den Arbeitslosen mit einer entsprechenden Unterstützung zu Hilfe kommen, widrigenfalls für eventuelle üble Folgen die maßgebenden Kreise die volle Verantwortung allein übernehmen müssen."

Kindweglegung. In Czanitz bei Kenty wurde im Feld ein neugeborenes Kind weiblichen Geschlechtes gefunden. Bis zu einem Bach sollen Blutspuren geführt haben, wo sich die Mutter des Kindes gereinigt hat. Das Kind wurde dem Gemeindevorsteher übergeben. Nach dem Verbleib der Person sind Ermittelungen eingeleitet worden.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Mittwoch, den 8. d. Mts., drangen unbekannte Täter in die Fabrik des Krischke und Wolf, Stadtgrenze ein. Mittelst einer Leiter drangen sie in einen im ersten Stockwerk gelegenen Fabriksaal, wo sie Stoffe im Werte von 800 Zloty stahlen. Die Einbrecher konnten mit ihrer Beute ungehindert verschwinden. —Am Dienstag, den 7. d. Mts., drangen bei hellem Tage in der 2. Nachmittagsstunde unbekannte Täter in die Wohnung des Wladyslaw Mucha in Biala, Lipnikerstr. 6, ein, erbrachen die verschlossene Tür und stahlen aus der Wohnung einen blauen Anzug, einen schwarzen Wintermantel, eine goldene Doppelmanteluhr mit goldener Kette, im Gesamtwerte von 1300 Zloty. — In der Nacht zum Mittwoch, den 8. d. Mts, verübten bisher unbekannte Täter beim Mühlenbesitzer Michael Jurasz, in Lipnik Nr. 298, einen Einbruch, wobei sie verschiedene Werkzeuge und sechs Treibriemen im Werte von 500 Zloty stahlen.

Waldfest. Die Ortsgruppe des Deutschen Schulvereins in Kamitz veranstaltet am Sonntag, den 19. Juni auf der Wiese des Herrn Walloschke in Kamitz (rechts vom Kugelfang der Schießstätte) einen Kinder-Ausflug bezw. Waldfest, wozu alle Eltern, Freunde und Gönner der Kinder herzlichst eingeladen werden. Sammelpunkt um ½9 Uhr früh bei dem Gemeindegasthause, Abmarsch um 9 Uhr mit Musik welche durch die Brack-Kapelle besorgt wird. Für Aufsicht, Unterhaltung und Verpflegung der Kinder wird vom Verein Sorge getragen. Auch für gute Speisen und Getränke zu zeitgemäßen Preisen ist bestens gesorgt. Zur teilweisen Deckung der Unkosten werden am Festplatze freie Spenden eingehoben. Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest den nächstfolgenden schönen Sonntag statt. Um zahlreichen Zuspruch bittet die Vereinsleitung.

Wie wirbt man Jugend?

Ein Wort an die Eltern

Es ist eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß die zweite Generation vielfach eine Enttäuschung der ersten bedeutet, daß aus gesetzten Bürgersfamilien die wütendsten Revolutionäre und aus klassenbewußten Proletarierfamilien kleine und große Reaktionäre entstammen. Selten findet man nach Ablauf eines Menschenalters die gleichen Namen wieder, und man möchte an dem Einfluß von Erziehung und Aufklärung irre werden, wenn man sieht, wie gleichgültig oder abweisend der Sohn dem politischen Wirken seines Vaters gegenübersteht. Wie erklärt es sich, daß Eltern, die keine Einflußnahme versäumt haben, am Ende erleben müssen, daß ihre eigenen Kinder einer Maidemonstration nur spöttisch nachblicken, jegliche Teilnahme an der Jugendbewegung ablehnen oder sich ganz ins andre Lager schlagen?

Dergleichen läßt sich nicht mit dem Mangel an Aufklärung begründen, sondern hat tiefere, psychologische Ursachen. Aufklärung ist nur ein Teil der Erziehung und kann auch zur Uebersättigung führen, kann sich zur Parteiphrase verdichten und dem jungen Menschen derart lästig werden, daß er sie abschüttelt und lieber den fremden, ungehörten Grundsätzen folgt. Auch ist es nicht leicht, das Kind eines berühmten und bekannten Vaters zu sein, und wo der Vater sich nicht rechtzeitig zum vernünftigen und bescheidenen Kameraden seines Kindes umstellt, dort entwickelt sich statt einer begeisterten Nachfolge ein erbitterter Konkurrenzkampf, dem der junge Mensch durch eine einfache Flucht zum Gegner auszuweichen sucht.

Häufig tadelt die Jugend auch den Klassenkampf der Alten als schwindsüchtig und unehrlich. Sie vergleicht die Forderungen des Sozialismus mit der Lebensführung dessen, der sie mit diesen Forderungen bekannt gemacht hat. Ein Vater, der ständig die großen Lehrer im Munde führt, sich aber in der eigenen Familie ganz wie ein Unternehmer gebärdet, ist ein schlechter Führer. Seine Worte bleiben völlig wirkungslos, wenn sie nicht gepaart sind mit dem ehrlichen Streben, den Sozialismus im eigenen Hause zu praktizieren. Die Familiengemeinschaft ist entscheidender als die Stärke der väterlichen Gesinnung.

Es liegt keine Statistik darüber vor, aus welchen Familienverhältnissen die Ueberläufer entstammen. Soweit man aber den einzelnen Fällen nachgehen kann, zeigt es sich, daß alle diese Ueberläufer unter dem Eindruck einer verdorbenen Kindheit, einer Eheirrung der Eltern stehen. Man mag über das Recht auf persönliches Liebesleben denken wie man will: sind einmal Kinder da, dann sind die Verpflichtungen ihnen gegenüber mindestens ebenso groß, wenn nicht vielleicht größer als das Recht auf persönliches Glück. Ein Elternhaus, das die Kinderzeit seines Nachwuchses richtig durchsonnt hat, verliert niemals ganz den Einfluß, auch in jenen Zeiten nicht, in denen der junge Mensch auf der Suche nach Selbständigkeit in Widerspruch mit allem gerät, was ihn an seine Kindheit und seine Eltern bindet.

Aber die Bande des Blutes sind nicht immer Bande der Liebe, und von vielen Parteigenossen wird im eigenen Hause vernachlässigt, was sie in Arbeitsgemeinschaften und Sektionen fordern. Auch entfernt die übermäßige Beschäftigung in der Partei manche Eltern so sehr dem eigenen Haus, daß eine Entfremdung zwischen Eltern und Kindern unvermeidlich ist. Was man auf der einen Seite für die Partei erarbeitet hat, geht auf einer andern verloren.

Auch die Gemeinschaftserziehung verliert an Wirkung, wenn Führer und Erzieher nicht verstehen, die Sympathien der Jugend zu gewinnen. Jugend hat weniger die Sehnsucht nach haarscharfer Erkenntnis als nach der Bindung seines suchenden Liebesempfindens. Jugend ist auch nicht bestechlich durch wirtschaftliche Vorteile, und darum verfangen die ökonomischen Lehren des Sozialismus lange nicht in dem Maße wie der Gedanke einer treuen Gefolgschaft hinter einem geliebten Führer. Alle Bewegung und Entwicklung der Jugend ist mehr an den Menschen als an die Sache gebunden, Jugend folgt dem Träger mehr als der Fahne, Jugendwerbung steht und fällt mit der Persönlichkeit des Werbenden. Jugend will lieben und geliebt werden, und wer ihre Liebe gewonnen hat, der hat sich auch ihre Treue und ihre Kraft für die Zukunft gesichert.

---

4 mal soviel Einwanderer als Auswanderer.
Und die Vermehrung der Bevölkerung.

In Polen ist man besonders stolz auf die riesige Geburtenzunahme, ohne andererseits einzusehen, daß die rapide Bevölkerungszunahmen die heutige katastrophale Lage nur noch verschlimmert. Denn die Zahl der Unterernährten, der Abgerissenen, der Kranken (für Seuchenbekämpfung, Bau gesunder Wohnungen, Krankenhäuser usw. wird bekanntlich kaum etwas getan), der Analphabeten (ca. 1 Million Kinder hat keinen Schulunterricht) usw. wird immer größer.

Doch das ist gewissen Leuten ganz gleichgültig. Und so hat denn die Bevölkerung Polens von 1921 bis 1931 um 18 Prozent zugenommen, sie stieg von 27,1 auf 32,1 Millionen.

Leider hat man aber nicht den Prozentsatz der Abnahme der geistigen und körperlichen Vollwertigkeit der Bevölkerung statistisch errechnet.

Und unterdessen stockt die Auswanderung. Ein Staat nach dem anderen schließt seine Pforten. Mit Amerika, das man früher als ewiges Auswandererparadies betrachtete, fing es an und mit dem lieben Bundesgenossen Frankreich, der erst die polnischen Arbeiter zum Aufbau heranlockte, um sie jetzt zuerst arbeitslos zu machen und vor Hunger umkommen zu lassen, endete es.

Sieht man sich die Statistik des 1. Quartals dieses Jahres an, so muß man sogar feststellen, daß nach Polen jetzt mehr Leute einwandern als auswandern. Während z. B. im 1. Vierteljahr 1932 aus Polen 3 446 Personen auswanderten (darunter 1 534 nach anderen europäischen Ländern), sind in ebenderselben Zeit fast 4 mal soviel eingewandert, nämlich 11 444 Personen (darunter 10 473 aus anderen europäischen Ländern).

Und die weitere Entwicklung ist noch nicht abzusehen.

Polen wird immer enger.

Rußland und Japan.

Seit Monaten wird die Welt durch die Ereignisse im Fernen Osten in Unruhe gehalten. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges erscheint drohend auf dem östlichen Horizont. Seit der Errichtung des neuen mandschurischen Staates hat sich die Spannung zwischen Rußland und Japan stark verdichtet. Nachstehend geben wir eine gedrängte Uebersicht über den Inhalt der Gegensätze, die zwischen Rußland und Japan bestehen.

Japan umfaßt 381 000 Quadratkilometer Land und hat 60 Millionen Einwohner. 48 Prozent Japans sind mit Wald bedeckt, 35 Prozent des Bodens sind landwirtschaftlich nicht nutzbar und nur 17 Prozent anbaufähig. Der jährliche Bevölkerungsüberschuß beträgt 900 000. Japan ist auch arm an Rohstoffen. In China sucht Japan Absatz für seine Waren, in der Mandschurei liegen die Rohstoffe, die Japan fehlen. Das sind die wirtschaftlichen Grundlagen des japanischen Imperialismus.

Die Mandschurei umfaßt mehr als 1 Millionen Quadratkilometer Land, von dem im Jahre 1929 erst 8 Millionen Hektar oder 13 Prozent unter den Pflug genommen waren. Der Waldbestand beträgt 22 Millionen Hektar. Das Land ist reich an Rohstoffen; 1.7 Milliarden Tonnen Kohlen, 400 Millionen Tonnen Erze, fünf Milliarden Tonnen Oelschiefer soll die mandschurische Erde bergen. Im Lande wohnen gegen 28 Millionen Chinesen und nicht ganz eine Million Japaner und Koreaner. Es ist also noch Platz für viele Millionen Ansiedler Das Land hat 5900 Kilometer Eisenbahnen, 1132.5 Kilometer davon besitzt Japan, 1750 Kilometer Rußland (Ostchinabahn), das übrige Bahnnetz gehört China. Die Kapital-Investition beträgt 6 Milliarden Mark, 4.5 hat allein Japan, 600—800 Millionen hat Rußland, das übrige Kapital ist chinesisch. Dieses Land steht nun im Brennpunkt der Weltpolitik, vor allem zwischen Japan und Rußland. „Es ist für Rußland vorteilhafter, nicht Japan, sondern China zum Nachbarn zu haben," erklärte einmal der Staatsmann Graf Witte, des zarischen Rußland. Am 22. Mai 1896 unterzeichnete der chinesische Kanzler Li-hum-chang in Moskau den Vertrag für die Verlängerung der sibirischen Eisenbahn auf chinesischem Gebiet. Rußland versprach dafür China Schutz für seine territoriale Integrität. Auf Grund dieses Vertrages wurde dann die Bahn gebaut. Nach dem verlorenen Krieg im Jahre 1904 mußte dann Rußland den südmanschurischen Teil dieser Bahn an Japan abtreten. Rußland sucht natürlich auch Absatz für seine Waren, vor allem will es offenen Zugang nach China und zum Stillen Ozean. Die ostchinesische Bahn verbindet Sibirien mit Wladiwostock, ein Vorstoß des japanischen Imperialismus gegen die Republik des Fernen Ostens träfe einen lebenswichtigen Nerv der Sowjet-Union. Ob bei den japanischen Machthabern noch andere Motive wirksam sind, wird nicht sichtbar werden, Es muß jedenfalls die größte Entschlossenheit aufgeboten werden, um einen Krieg zu verhindern, aus dem ein neuer Weltbrand entstehen kann. Es gibt andere Methoden, wirtschaftliche Gegensätze auszugleichen, als den blutigen Krieg.

Heiße Sehnsucht nach dem Krieg.
Die Kapitalisten freuen sich über die Kriegsgefahr im Osten.

Ueber die Gefahr eines Krieges zwischen Japan und Rußland schreibt das Hauptblatt der norwegischen konservativen Partei, die „Morgenpost", folgendes:

> „Wird es zu einem Krieg im Osten kommen? Es klingt vielleicht brutal, aber aus Gründen der Konjunktur wäre der Krieg sehr wünschenswert. Die Welt ist heute nicht anders als früher. Ein Krieg wird den Bedarf an Schiffstonnage vergrößern, das Risiko der Warentransporte wird steigen, die Preise steigen ebenfalls und mit ihnen wird die Spekulation zunehmen. Dies bedeutet eine Umstellung des Außenhandels zum Vorteil der neutralen Länder und gesteigerte Bestellungen an deren Industrie. Die ganze Welt verfolgt daher mit Spannung die Vorgänge in der Mandschurei. Sowohl der Warenmarkt wie die Börse registrieren alles, was vorsich geht."

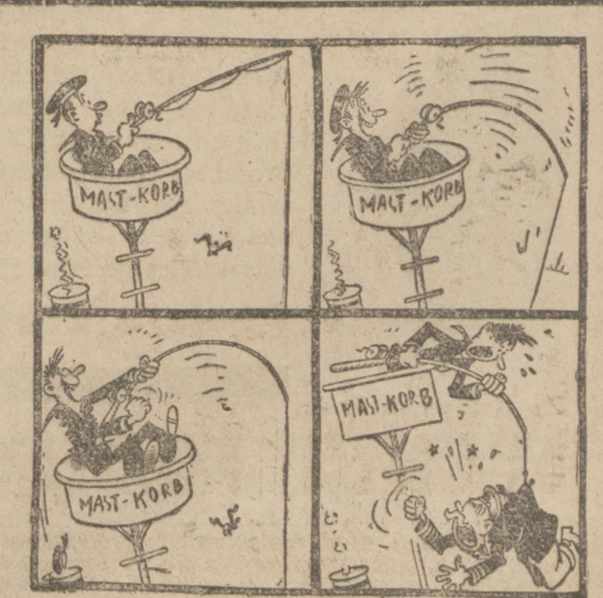
Alle Länder der Welt kranken an den Folgen des Weltkrieges. Für die Kriegshetzer aber ist die Welt dieselbe wie früher. Sie sehen im Krieg das einzige Mittel, dem drohenden Bankerott der kapitalistischen Wirtschaft zu entgehen und die Empörung der breiten Massen über das Elend, das ihre Wirtschaftsordnung der ganzen Welt gebracht hat, abzulenken.

Wo die Pflicht ruft!"

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Sonntag, 12. Juni, 7 Uhr abends: Vorstandssitzung.

Näheres an der Anschlagtafel im Vereinszimmer.



Eine schöne Ueberraschung

Der deutsch-belgische Grenzzwischenfall

Die Belgier leiten eine Untersuchung ein.

Brüssel. Ein General und zwei andere Offiziere sind beauftragt worden, die Beschuldigungen gegen die 9 belgischen Soldaten zu untersuchen, die kürzlich in der Nähe von Trier die deutsche Grenze überschritten.

Zum Massenmord in der Wojwodina

Die Ermordeten waren Mitglieder der Räuberbande.

Belgrad. In der Angelegenheit des Massenmordes von Novy Betschej wird die Untersuchung energisch fortgeführt. Die bisherigen Zeugenverhöre ergaben die überraschende Feststellung, daß es sich bei den 86 Ermordeten nicht um unschuldige Opfer, sondern um Mitglieder der Räuberbande selbst handelt. Die Räuber wurden nämlich von einer Gegenorganisation, die sich „Weiße Terrorgruppe" nannte, mit allen Mitteln bekämpft. Zwischen der vernichteten Räuberbande und der weißen Terrorgruppe war geraume Zeit ein regelrechter Kleinkrieg geführt worden. Trotzdem neuerlich zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, hat man wenig Hoffnung, die Hauptschuldigen fassen zu können.

In Frankreich lebt der Friedensgedanke

Daß es ein Frankreich gibt, in dem der Friedensgedanke lebt und die deutsch-französische Verständigung angestrebt wird, zeigt folgender Brief, den ein Meißner Junge von einem pensionierten französischen Lehrer dieser Tage bekommen hat. Der Brief lautet:

Mein lieber, kleiner Hansel!

Ich schicke Dir ein wenig, ein ganz klein wenig Geld, um Deinen lieben Eltern zu helfen. Ich bedaure, daß ich nicht reich bin, denn dann würde ich Dir viel mehr schicken. — Sage Deinem Papa, Deiner Mama, Deinen Geschwistern, daß es hier in Frankreich viele gibt, welche die Deutschen als ihre Brüder betrachten. **Sage ihnen, daß die große Mehrheit der Franzosen den Frieden liebt und den schrecklichen Krieg von ganzem Herzen haßt.**

Es wäre sehr lieb von Dir, mein kleiner Hansel, mir einige Zeilen zu schreiben. Das würde mich freuen. Bestelle meine herzlichsten Grüße Deiner ganzen Familie.

Dich, mein Friedenspatchen, herze ich aufs liebevollste.

Cl. in Rouillac (pensionierter Lehrer).

Wie würde doch der Friedensgedanke gefördert werden können, wenn Eltern und Kinder beider Länder nur von dem edlen Streben beseelt wären, sich gegenseitig verstehen zu lernen. Zwar herrscht jetzt noch Unverstand auf beiden Seiten, wenn wir daran denken, daß in Deutschland eine von Hitler und den Nazis verhetzte Jugend das Lied singt: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!" und die herrschende kapitalistische Klasse in Frankreich fortgesetzt Rüstungen über Rüstungen verlangt und durchsetzt. Einmal jedoch wird der Geist, der in dem Brief an den deutschen Jungen steckt, Triumphe feiern. Dann erst wird der Friede in Europa gesichert sein.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,45 und 15,10: Schallplatten. 15,40: Jugend-Hörspiel. 16,15: Kinderstunde. 17: Leichte Musik. 18: Vortrag. 18,20: Konzert. 19,45: Sportfeuilleton. 20: Leichte Musik. 22,05: Chopin-Klavierkonzert. 22,50: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12,45: Schallplatten. 15,30: Verschiedenes. 17: Leichte Musik. 18: Vortrag. 18,20: Salonmusik. 19.15: Verschiedenes. 20: Leichte Musik. 20.55: „Am Horizont". 21,10: Abendnachrichten. 22,05: Chopin-Klavierkonzert. 22,40: Sportfunk. 22,50: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Sonnabend, den 11. Juni. 6,20: Konzert. 11,30: Konzert. 15,35: Die Filme der Woche. 16: Unterhaltungskonzert. 17: Vorlesung. 17,35: Vortrag. 18: Stunde der Musik. 18,25: Die schönsten Parke Schlesiens. 18,50: Wetter und Abendmusik. 19,35: Das wird Sie interessieren. 20: Aus Wien: Militärmusik. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,30: Tanzmusik.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Karl Pielorz, Murcki. Verlag und Druck: „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.



Die Völkerbundskommission beim Präsidenten der Mandschurei

Die vom Völkerbund zur Prüfung des chinesisch-japanischen Konflikts eingesetzte Kommission hat auf ihrer Reise durch die Mandschurei dem Präsidenten des neuen mandschurischen Staates, Prinz Pu-Yi, einen offiziellen Besuch abgestattet. — Das Bild zeigt den Empfang; in der Mitte Prinz Pu-Yi; links neben ihm der englische Delegierte Lord Lytton, daneben der amerikanische Generalmajor Mc Coy, rechts von Prinz Pu-Yi der frühere italienische Botschafter in Berlin Aldrovandi-Marescotti und der deutsche Delegierte Gouverneur a. D. Dr. Schnee.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Königshütte. Am Freitag, den 10. Juni, abends 7.30 Uhr, hält die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei und Arbeiterwohlfahrt, ihre fällige Mitgliederversammlung ab. Als Referent erscheint Genosse Kowoll. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Sonntag: Fahrt.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen
am Sonntag, den 12. Juni d. Js.

Schwientochlowitz. Vorm. 9½ Uhr, bei Frommer. Referent zur Stelle.

Krol.-Huta. Vorm. 9½ Uhr, im Dom Ludowy. Referent zur Stelle.

Giszowiec. Vorm. 9½ Uhr, im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.

Murcki. Nachm. 2 Uhr, bei Kukofka. Referent zur Stelle.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". (Bezirkskonferenz.) Am Freitag, den 10. Juni, nachmittags um 6 Uhr, findet im Volkshaus, Krol.-Huta, eine Bezirkskonferenz statt, zu der die Obmänner, sowie die Kassierer der Ortsgruppen, eingeladen sind. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Kattowitz. (Holzarbeiter.) Freitag, den 10. d. Mts., abends 7 Uhr, im Zentral-Hotel Mitgliederversammlung. Pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Kattowitz. (Nähstubenausschuß.) Am Freitag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, Sitzung des Nähstubenkomitees. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Kattowitz. (Metallarbeiter, Ortsvorstand) Am Sonnabend, den 11. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, im Metallarbeiterbüro, Zentralhotel, Vorstandssitzung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Kattowitz. (T. V. „Die Naturfreunde.) Sonntag, den 12. Juni, Fuchsjagd in den Emser Forsten. Führer: Palenga. Die Fuchsjagd findet nur bei günstigem Wetter statt.

Königshütte. (Helferkursus und Elternversammlung der Kinderfreunde.) Am Sonnabend, den 11. Juni, abends 6 Uhr, findet im Volkshaus, Königshütte (Nähstube), ein Schulungskursus für alle Helfer des Bezirks statt. Um 8 Uhr, Lichtbildervortrag für Eltern und Kinder. Referent bei beiden Veranstaltungen, Genosse Wylezol-Hindenburg.

Siemianowitz. (Freie Sänger.) Am Sonnabend, den 11. d. Mts., um 20 Uhr Mitgliederversammlung, zu welcher alle aktiven und inaktiven Mitglieder eingeladen werden.

Siemianowitz. (Malerverband.) Am Sonnabend, den 11. Juni, um 6 Uhr abends, im Lokal Kozdon Monatsversammlung.

Siemianowitz. (Freier Sportverein.) Sonntag, den 12. Juni, vormittags um 10 Uhr, findet im Vereinslokal die fällige Mitgliederversammlung statt.

Bismarckhütte. (Fußballsport.) Die erste Zusammenkunft der gemeldeten Sportler findet Freitag, 6 Uhr abends, bei Brzezina statt. Dortselbst werden noch Interessenten aufgenommen.

Neudorf. (Ausflug.) Am Sonntag, den 12. Juni, findet ein Ausflug der Neudorfer „Arbeiterwohlfahrt" nach dem Jamnatal statt. Alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen mit ihren Frauen, Jugend, sowie die Genossinnen aus Bielschowitz und Friedenshütte, sind freundlichst eingeladen. Abmarsch 7 Uhr früh, von Gorecki.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Sonnabend, den 11. d. Mts., findet unsere Generalversammlung statt, zu welcher alle Vereine das Recht und die Pflicht haben, je zwei Delegierte zu entsenden. Zeit und Ort: 6½ Uhr abends im Zentral-Hotel.

Königshütte. Der Vorstand des B. f. Arb.-Bildung, Ortsgr Königshütte, beruft für Mittwoch, den 15. Juni, abends 6 Uhr, die diesjährige Generalversammlung, mit folgender Tagesordnung ein: 1. Eröffnung, 2. Verlesung des letzten Protokolls, 3. Berichte, 4. Freie Aussprache, 5. Neuwahl des Vorstandes, 6. Anträge und Verschiedenes. Jeder dem B. f. Arb.-Bildung angeschlossene Kulturverein entsendet zur Generalversammlung den 1. Vorsitzenden und zwei Delegierte.